Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 40. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 24. Januar 1861.**

Der Eisenbahnzug aus Wien hat heute Vormittag in Oesterr.-Oderberg den Anschluß an den Personenzug nach Breslau nicht erreicht. Breslau, 24. Januar 1861.
Königliches Post-Amt. Nitschke.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 23. Jan., Abds. *) Die Abendausgabe der heutigen „Presse" enthält ein Telegramm aus Pesth vom 23. d., nach welchem das Graner Komitat in einer Adresse das kaiserliche Manifest beantwortet hat. Die Adresse zählt die Leiden Ungarns während des letzten Dezenniums auf. Die tausend Jahre alte ungarische Verfassung sei nur durch einen tausendjährigen Kampf aufrecht erhalten worden. Diese ewigen Kämpfe machten Ungarn mißtrauisch. Das Oktober-Diplom widerspreche der pragmatischen Sanction, welche den König wie die Nation binde, da Kaiser Karls Eid auch seine Nachfolger verpflichte. Steuern ohne Bewilligung des Landtags seien ungesetzlich; seien dieselben des Staates wegen unentbehrlich, so möge der König der Nation das Steuerausschreibungsrecht verbürgen und im jetzigen Ausnahmefall sich an die Loyalität der Nation wenden. Schließlich wird der König eingeladen, seinen Wohnsitz in Ungarn zu nehmen, das ein Stiefkind geworden, seit der letzte im Lande wohnende König am Tage von Mohacz vom Csele-Bache verschlungen worden.

*) S. die kurze telegr. Meldung im heutigen Morgenblatt d. Z.

Paris, 23. Jan. Eine hier eingetroffene offizielle Depesche aus dem Hafen von Gaeta vom 22. d. Abends meldet, daß der Platz 8 Uhr Morgens unvermuthet ein lebhaftes Feuer begonnen habe, das, von unseren Batterien erwidert, den Platz das Feuer einzustellen zwang. Die Flotte ist um Mittag in die Feuerlinie eingerückt. Das Feuer der Belagerer dauert fort.

Paris, 23. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel hat das Bombardement von Gaeta am 22. d. begonnen.

Kopenhagen, 23. Jan. Das Marineministerium macht bekannt, daß eine Anzahl Kauffarteioffiziere eventuell als Monatslieutenants in der Marine angenommen werden können; sie müssen sich jedoch einer Exerzierschule unterwerfen, die Anfangs Februar beginnt.

Hamburg, 23. Jan. Nach einem Telegramm der „Hamburger Nachrichten" aus Kopenhagen vom gestrigen Tage hat der Marineminister die Ausrüstung folgender Schiffe anbefohlen: Dampfcorvette „Heimdal", Dampfschooner „Holger-Danske", Dampfkanonenboote „Schrödersee" und „Thura", Schleppdampfschiffe „Hertha" und „Uffo", 4 Kanonenschaluppen und 12 Bombenjollen. Die Dampffregatte „Sjölland" wird Anfangs März aus Westindien zurückerwartet. Zum 1. März sind 890 conscribirte Matrosen einberufen.

Das Telegramm meldet ferner, daß der Reichstag Mitte nächster Woche geschlossen und die Einberufung des Reichsraths zum 1. März erwartet werde. In Odensee habe eine große Volksversammlung stattgefunden, in welcher eine Adresse wegen vollständiger Ausschließung Holsteins und Lauenburgs aus dem Gesammtstaat beschlossen und ein Comite zur Anschaffuug von Kanonenbooten gebildet worden sei. (Eine kurze telegraphische Meldung steht bereits in Nr. 39 d. Z.)

Paris, 22. Jan. Cavour dürfte wahrscheinlich um die Zeit des Zusammentritts des italienischen Parlaments eine Neubildung seines Ministeriums vornehmen.

Dem Vernehmen nach begiebt sich Garibaldi demnächst nach England.

Der „Patrie" zufolge bestätigt sich die Nachricht von dem Gefechte bei Tagliacozzo; die Insurgenten seien schließlich auf Avezzano marschirt. — Der piemontesische General Pinelli hat sich nach Ascoli begeben, wo Verstärkungen erwartet werden.

Paris, 22. Jan. Der Bericht der syrischen Commission wird Ende d. Mts. erwartet, und wird dann wahrscheinlich Anfang Februars der Zusammentritt der europäischen Conferenz zur Regelung der syrischen Angelegenheiten stattfinden.

Paris, 23. Jan. Morgens. Dem Senat ist ein Senats-Consult in Bezug auf die Oeffentlichkeit der Debatten vorgelegt worden.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom vom 19. d. Mts. ist die Reaction in der Provinz Ascoli unterdrückt worden, nachdem die Bourbonischen, welche Tagliacozzo genommen hatten, später von den Piemontesen geschlagen worden waren.

Aus Neapel wird vom 19. berichtet, daß daselbst zahlreiche Verhaftungen neapolitanischer Offiziere stattgefunden haben.

Turin, 22. Jan. Die heutige „Opinione" setzt in einem Artikel auseinander, wie in der Bildung eines einigen Italiens alle Combinationen zu Gunsten Frankreichs sein würden, dessen natürlicher Verbündeter Italien sei. Man dürfe daher hoffen, daß die französischen Kammern sich mit dem Kaiser einverstanden erklären werden. Die Befreiung Roms werde dann leichter, die Ruhe Europas gesicherter sein.

Nach der mailänder „Perseveranza" hätte Garibaldi Versöhnlichkeit empfohlen und sich bereit erklärt, der Politik Cavours sich anzuschließen.

Preußen.

K. C. Landtag.

4. Sitzung des Herrenhauses vom 23. Januar.

Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung gleich nach 12 Uhr. — Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Patow, v. Bethmann-Hollweg, Graf v. Schwerin, v. Roon. — Die Tribünen sind stark besetzt; eine große Zahl von Abgeordneten sind anwesend. In der Diplomatenloge: der Legations-Sekretär der englischen Gesandtschaft u. A. In der Hofloge: Graf Schaffgotsch, v. Röder, Gen. Wrangel.

In Folge der im anderen Hause erfolgten Vorlage des Budgets wird auch im Herrenhause die Budget-Commission gewählt werden. — Zu Kron-Syndicis sind ernannt: die HH. Bornemann, Grimm, Jähnigen, Blömer, Minister v. Bernuth, v. Zander.

Als die Vereidigung mehrerer, am 14. Januar noch nicht vereideter Mitglieder erfolgen soll, erklärt Fürst Wilhelm Radziwill, er habe bereits dem Könige den Fahneneid geleistet, und halte daher den Eid als Mitglied des Herrenhauses nicht für nöthig.

Präsident: Er glaube nicht, daß der Fahneneid von dem Eide als Mitglied dieses Hauses entbinde.

Fürst Radziwill: Er müsse bei seiner Ansicht bleiben.

Präsident: Wenn also kein Widerspruch sich erhebe, so könne von der Vereidigung des Fürsten R. abgesehen werden.

Es erfolgt nun die Vereidigung der Mitglieder, darunter des Justiz-Ministers a. D. Simons.

Es beginnt die Adreßdebatte. Der Entwurf der Commission ist bereits bekannt; eben so die Amendements Hasselbach und das Amendement Bninski; heute ist noch eingebracht ein Amendement Baumstark (unterstützt von Blömer, Bornemann, v. Brünneck, beiden Camphausen, v. Carnap, v. Diergardt, Dohna-Finkenstein, Engelhardt, Engels, Lautz, Poelmahn, v. Rabe, Graf Reventlow, Richtsteig, Tellkampf, Teßmann, Voigt, Graf York), welches in dem Entwurf der Commission die Stellen streichen will: „Wie Er in allen Gebieten des Staatslebens" bis „unversehrt Seinem Nachfolger hinterlassen"; ferner: „Sein Werk ist es, daß wir berufen sind", bis „nach außen befestigt werde", und „Wir gedenken des Ausspruchs, daß von einem Bruche mit der Vergangenheit" bis „von selbst Bahn brächen"; das Amendement will also den unpolitischen Charakter der Adresse wiederherstellen, wie er in den Motiven des Gaffron-Plötz'schen Antrages bezeichnet war.

Das Amendement Bninski findet nicht die nöthige Unterstützung von 20 Mitgliedern (für dasselbe auch Dr. Brüggemann). Die anderen Amendements sind ausreichend unterstützt.

Beim Eintritt in die Diskussion wird auf den Antrag Stahl's beschlossen, die General- mit der Spezial-Diskussion zu vereinigen.

Graf Arnim-Boytzenburg erhält als Berichterstatter zuerst das Wort. Er verliest den Adreß-Entwurf und fährt fort: er wolle die Stellung der Kommission zu den Amendements, da denselben keine Motive beigegeben seien, für jetzt nur im Allgemeinen darlegen. Die Aufgabe einer Adreß-Commission, namentlich bei einem so ernsten Falle wie ein Thronwechsel, sei wesentlich unterschieden von derjenigen anderer Commissionen, welche über materielle und festbegrenzte Fragen zu entscheiden hätten. Eine solche Adresse sei mehr oder weniger ein Produkt des Gefühls und der politischen Ueberzeugung und trage einen individuellen Charakter; es könne daher nicht befremden, wenn von verschiedenen Seiten erhebliche Bedenken geltend gemacht würden. Ein solcher Entwurf könne nicht auf eine allseitige, ja nicht einmal auf eine vielseitige Befriedigung rechnen, abrr er müsse ein Ganzes sein, aus Einem Gusse einzelne Glieder herauszunehmen, andere nachträglich einzufügen, sei nicht angemessen. Wenn drei oder vier Entwürfe vorlägen, möchte man vielleicht einen bessern finden; da aber nur ein einziger vorhanden sei, so fordere er die Mitglieder Namens der Kommission auf: „Nehmen Sie ihn an oder verwerfen Sie ihn, aber ändern Sie nicht daran." (Bravo.)

Dr. Camphausen (Köln): Der Antrag auf den Erlaß einer Adresse stimmte so überein mit den Gefühlen Aller, daß er einstimmig gebilligt wurde. Es schien daraus die Aufgabe der Kammer zu erwachsen, einen Entwurf vorzulegen, der einen den Gefühlen Aller entsprechenden Ausdruck gäbe; denn es ist kaum ein Fall denkbar, wo es wünschenswerther wäre, daß das Haus als Ganzes, unter Beseitigung der verschiedenen Parteiungen, dem Throne nahe, als der jetzige. Ich finde nicht, daß der Adreßentwurf dieser Aufgabe entspricht, und ich habe mich deshalb einem Amendement angeschlossen, welches die Entfernung dunkler, einer zwiefachen Auslegung fähiger Stellen bezweckt und eine einstimmige Annahme erleichtert. Daß nicht trotzdem bei Bewahrung der Integrität des Entwurfs Einstimmigkeit möglich sei, will ich nicht bestreiten, und ich behalte mir mein Votum vor. — Viele Formen und Redewendungen des Entwurfs lassen eine doppelte Deutung zu, was zur Folge hat, daß ein Jeder seinem Votum diejenige Auslegung zu Grunde legen kann, welche seine eigene ist. Ich führe die Stelle an, wo von dem Bau die Rede ist, „den Er auf dem von Seinem königlichen Vater gelegten, weisen und bewährten Grundlagen errichtete". Was für Grundlagen das sind, wird in dem Entwurf nicht gesagt. Sollten die provinzialständischen Einrichtungen gemeint sein, wäre dies unrichtig; wohl keiner möchte die Aufhebung unsers Rechtes der Zustimmung zu Gesetzen und Steuern wünschen. Oder soll die Verordnung von 1815, in welcher eine Verfassung verheißen wurde, der Grundstein sein? Jene Verheißung hat fortgelebt, bis sie in der neuesten Zeit von dem hochseligen König erfüllt wurde.

Der Entwurf erinnert an Aussprüche, welche der König im Novbr. 1858 beim Antritt der Regentschaft in einer Anrede an seine Minister gethan haben soll. Diese Anrede ist niemals authentisch publicirt worden und es sei nicht üblich, auf königliche Worte, die in geschlossenem Kreise vorgefallen und nur durch Zeitungsberichte zur allgemeinen Kenntniß gekommen sind, in solcher Weise Bezug zu nehmen. Befremden muß es sodann, daß ein ganzer Absatz des Adreß-Entwurfs aus Stellen zusammengetragen ist, die im Original durch erhebliche Zwischensätze geschieden sind. Hinter den Worten: „daß von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein solle", befindet sich in dem mir zur Verfügung stehenden Exemplar unmittelbar die Stelle: es solle die bessernde Hand angelegt werden, da wo Willkürliches und den Bedürfnissen der Zeit nicht Entsprechendes sich gestaltet hätte. Wenn der Entwurf diese Stelle wegläßt, so ist sie doch nichtsdestoweniger vorhanden. Ich könnte in dieser Richtung noch mehreres anführen, ich will aber der Comm. auf ihrem Wege nicht weiter folgen, als nöthig ist. — Auf die Worte, welche der König in der Thronrede unmittelbar an uns gerichtet hat, hat der Entwurf nur sparsam Bezug genommen; es hätte mich gefreut, die schönen Worte aufgenommen zu sehen, „daß das Vaterland einsichtigen Rathes und selbstvergessener Hingebung bedürfe." Aber einzelne Stellen aus den Reden des Königs herausgreifen und zu einer Adresse verweben, das kann ich nicht billigen, zumal wenn es in Formen geschieht, wo unter dem Namen einer Adresse ein Parteimanifest hervortritt. (Bewegung.) Hiergegen muß ich meine eigene Auffassung wahren; die Gefühle der Ergebenheit, die ich hege, finde ich in dem Entwurfe nicht. Letzterer verspricht Treue im Ausbau der von Friedrich Wilhelm III. gelegten Grundlagen, aber diese Treue ist theils zu unbestimmt, theils zu nah begrenzt. Die einzelnen Worte des Königs sind mir theuer; um so weniger wünsche ich, daß sie aus dem Zusammenhange gerissen, daß sie nicht alle angezogen werden. Meine Ergebenheit findet sich gehoben durch die Verheißung von Reformen; meine Ergebenheit findet sich gehoben, wenn ich neben den Worten die Thaten berücksichtige, und ich wünschte lebhaft, daß auch ihrer gedacht werde. (Bravo links.) Unser König hat die Bevölkerung des ganzen Landes mit Gefühlen der Liebe an sich gezogen, daß die Geschichte Preußens, so ausgezeichnet durch das innige Verhältniß zwischen Fürst und Volk, dessen rühmend gedenken wird. (Bravo.) Der Freimuth unsers Königs hat ihm die Herzen aller Monarchen zugewendet und Deutschlands Fürsten werden sich im gegebenen Fall um ihn scharen, und Preußens Kraft, die Lebens- und Widerstandskraft, wächst in Europa. Diesen Gefühlen der frohen Zuversicht, giebt der Entwurf der Comm. einen zu matten Ausdruck. (Bravo.)

Herr v. Auerswald ist inzwischen eingetreten.

Herr v. Kleist Retzow: Was der verstorbene König Seinem Volke gewesen, sei in der Adresse der Comm. hervorgehoben. Weil gerade dieses nach dem Amendement des Hrn. Baumstark weggelassen werden solle, müsse er noch einmal auf die Herrschertugenden Friedrich Wilhelm IV. zurückkommen. Friedrich Wilhelm IV. habe, als die Revolution den Staat überfluthete, durch die Erschaffung des vereinigten Landtages an die alten Grundlagen des Vaterlandes wieder angeknüpft. Durch die Ablehnung der ihm gebotenen Kaiserkrone, deren Versuchung sein hohes Rechtsgefühl widerstand, habe er ein Zeugniß der Gerechtigkeit abgelegt, für welches gerade jetzt dem Nachfolger unser Dank auszusprechen sei, wo die Begriffe von Recht und Unrecht verkehrt würden. Diese Anerkennung der Thaten Friedrich Wilhelm IV. habe ihren Ausdruck in der Adresse gefunden und deshalb sei ihre ungetheilte Annahme von Seiten des Hauses dringend nothwendig. Es sei eine Zeit des Materialismus, der die Völker in die barbarischen Zeiten der Völkerwanderung zurückzuführen drohe. Mit dieser Anerkennung der unsterblichen Verdienste Friedrich IV. richte das Haus den Blick des Vertrauens und der Hoffnung zu dem Könige Wilhelm I., welcher unmittelbar nach seiner Thronbesteigung den Wahlspruch bestätigt, daß Seine Hand das Wohl und das Recht Aller in allen Schichten der Bevölkerung hüten wolle. An die Person des Königs müsse man sich halten, müsse sie scheiden von seinen Ministern. Aus diesen Gründen sei er mit dem Amendement des Herrn Hasselbach ad 1 nicht einverstanden. Es sei nicht geziemend, den Monarchen auf die Grundsätze hinzuweisen, die er bereits in dem Eide auf die Verfassung ausgesprochen habe. — Ebenso sei das zweite Amendement unzulässig, welches an die Bewilligung der Mittel die Bedingung knüpfe: soweit dies mit dem Wohl des Landes verträglich sei. Sie alle stünden mit Gut und Blut für das Wohl des Vaterlandes und deshalb sei es unangemessen, erst noch diese Bedingung hinzuzufügen. — Er erwarte hiernach, daß das Haus hiernach die Adresse ungetheilt und ungeändert annehmen werde.

Graf Bninski (schwer verständlich): Wenn eine Adresse die Pflicht und das Recht habe, die Wünsche und Hoffnungen der Gesammtheit auszusprechen, so müssen namentlich in einem Staate, der wie der preußische aus verschiedenen Nationalitäten bestehe, auch diese besondern Wünsche und Hoffnungen ihren Ausdruck finden. — Dies gelte besonders von der polnischen Nationalität, die er vertrete. In der wiener Schlußakte seien der Provinz Posen verbürgte und verbriefte Rechte enthalten, welche später durch das Wort des Königs auf dem vereinigten Landtage sanctionirt worden wären. Von diesen verbürgten und verbrieften Rechten sei nichts Wahrheit geworden; ihre Muttersprache suche man zu verdrängen, u. s. w. Der Adresse in ihrer jetzigen Gestalt sei er nicht in der Lage, beistimmen zu können.

Minister des Innern Graf Schwerin: Ich glaube, Sie werden es billigen, wenn die Regierung im Allgemeinen bei dieser Debatte den Standpunkt einnimmt, sich in dieselbe nicht einzumischen, insofern nicht eine besondere Aufforderung aus dem Hause dazu vorliegt. Der Herr Referent hat es ausgesprochen, daß das Haus in der Adresse nur die Gefühle der Treue und der Loyalität ausdrücken wolle; in welcher Form es dies thut, daran hat die Regierung keine Veranlassung, sich einzumischen. Wenn aber der Vorredner die schwersten Vorwürfe gegen die Regierung Sr. Majestät gerichtet hat, wenn derselbe behauptet, daß sie weder Verträge noch königliche Zusicherungen gehalten, daß das Recht gekränkt werde, so darf die Regierung nicht schweigen, sondern muß sich dem ganz entschieden entgegenstellen. Ich behaupte zunächst, die Unterthanen Sr. Majestät haben nicht das Recht, aus internationalen Verträgen Rechte für sich abzuleiten; ich behaupte, daß die wiener Verträge nichts von dem enthalten, was der Vorredner fordert; ich behaupte, daß die Gesetze in der Provinz Posen gewissenhaft beobachtet werden, daß die Zusagen des Königs in der Proclamation von 1815 nichts von dem enthalten, was jetzt gefordert wird. Die Regierung wird der Provinz Posen alle zugesicherten Rechte gewähren, aber mit aller Entschiedenheit den Forderungen entgegentreten, welche mit dem Rechte nicht vereinbar sind. Das ist sie dem Vaterlande schuldig, das ist sie der deutschen Bevölkerung schuldig, welche an Zahl fast der polnischen gleichkommt. (Lebhaftes Bravo des ganzen Hauses.)

Dr. Blömer: Ich habe dem Antrage auf eine Adresse zugestimmt, weil ich darin den Wunsch zu erkennen glaubte, Gefühle auszusprechen, welche durch Nichts in ihrem Einklange gestört werden sollten, Gefühle des wärmsten Dankes gegen den hochseligen König, Gefühle der Treue und des Gehorsams gegen den jetzt regierenden König. — Die weisen Grundlagen, auf welchen der abberufene Monarch die Verfassung aufrichtete, sind diejenigen, welche in den schwersten Tagen durch die weise Hand Friedrich Wilhelm III. gelegt und nach errungenem Siege weiter fortgeführt sind. Des Verharren bei diesen Grundsätzen liegt im Interesse der Krone und des Landes. In diesem Sinne werde ich der Adresse zustimmen, auch wenn das Amend., welches ich unterstützt habe, abgelehnt werden sollte. Ist der Kampf der Ueberzeugung in diesem Hause nicht zu vermeiden, so möge er seine Stelle finden, aber nicht hier, wo wir eine Beileids- und Ergebenheitsadresse beschlossen haben, nicht aber ein politisches Manifest.

Hr. Hasselbach: In dem Antrage auf eine Adresse war nichts, was auf eine Beileids- und Ergebenheits-Adresse schließen läßt. Nur in den Motiven steht es. Es läßt sich aber nicht vermeiden, daß da, wo eine politische Körperschaft spricht, sich auch die Politik hineinmischt, und deshalb mache ich auch der Kammer keinen Vorwurf, daß sie einen politischen Entwurf vorgelegt hat. Nur wenn sämmtliche Ansichten hier im Hause auch in der Commission vertreten gewesen wären, würde es möglich gewesen sein, einen Entwurf zu fertigen, der einstimmige Annahme finden konnte. So aber ist die Commission zusammengesetzt gewesen aus Mitgliedern der Majorität des Hauses. Ich will das Wort „Opposition" vermeiden, aber die Mitglieder der Commission gehören einer Partei des Hauses an, welche in den wesentlichsten Punkten mit der Regierung nicht übereinstimmt. Der Hr. Berichterstatter hat den Standpunkt klar dargelegt, und wenn auch der politische Standpunkt in der Adresse nicht offen ausgedrückt ist, so finde ich ihn mehr in dem, was die Adresse nicht sagt, als in dem, was sie sagt. Die Adresse knüpft an königliche Worte, welche von keinem Minister kontrasignirt sind; sie sind meist der Proklamation entnommen, während der Thronrede mit keinem Worte gedacht ist. Gerade die Seele des Königs findet man ausgeprägt in der Thronrede, und ich glaube, wir sind den von mir beantragten Zusatz der Krone und dem Lande schuldig. — Für den Zusatz kann Jeder stimmen, der nicht der Staatsregierung prinzipielle Opposition machen will. Allerdings wird die Adresse eine andere Färbung erhalten, sie wird nicht mehr aussehen, als sei sie nur von einer Partei dieses Hauses ausgegangen. — Sollte sich der Passus über die Armee auf die Thronrede beziehen, so ist derselbe nicht kalt, nicht warm, er scheint mir nichts weiter, als eine bloße Phrase zu sein. Durch die Anträge auf Streichung verschiedener Passusse hat man die Adresse nur zu dem machen wollen, was sie ursprünglich sein sollte, nämlich zu einer Beileids- und Ergebenheits-Adresse. Wenn Sie diese Anträge nicht annehmen wollen, so genehmigen Sie den von mir gestellten Antrag. Gehen Sie darauf ein, so werden wir mit freudigen Herzen der Adresse zustimmen und in den Schluß einstimmen können: Gott segne den König! Er segne das Vaterland!

v. Senfft-Pilsach: Der Vorredner habe von einer Nichtübereinstimmung der Majorität des Hauses mit dem Ministerium gesprochen; das sei hier nicht angebracht. Seit das Herrenhaus sich mit schwerem Herzen für die Grundsteuer-Ausgleichung erklärt habe, beständen übrigens seines Wissens nur drei Differenzpunkte: das Ministerium wolle den Wucher freigeben, wolle die Wiedertrauung Geschiedener erleichtern, wolle Juden zu obrigkeitlichen Aemtern zulassen; diese Fragen beträfen aber doch eigentlich nicht Interessen des Volks, sondern nur Interessen der Juden.

Hr. Hasselbach replizirt kurz mit Hinweis auf die notorische Nichtübereinstimmung zwischen der Majorität und der Regierung.

Prof. Baumstark: Hätte die liberale Partei Gelegenheit gehabt, in der Kommission ihre Ansichten auszusprechen, so würde die heutige Debatte sich anders gestaltet haben. Man erwartete eine Beileids- und Ergebenheits-Adresse, die Kommission habe eine Tendenz-Adresse vorgelegt; man könne von dieser Kommission sagen, in ihr wären zehn Herzen und ein politischer Schlag gewesen. Der Entwurf citire Akte der Vergangenheit, die besser mit Stillschweigen übergangen würden, und er (Redner) möchte nicht einen Entwurf unterschreiben, der ein so scharf prononcirtes Urtheil zu Gunsten des verein. Landtages ausspreche. Er müsse protestiren gegen den Vorwurf der Revolution wider die Mitglieder der National-Versammlung zu Frankfurt, denn er fürchte, daß dieser Vorwurf auch ihm als einem Mitgliede der gleichzeitigen preußischen Versammlung gemacht würde. Diese Versammlung habe damals auf verfassungsmäßigem Boden gestanden, und gerade der Vereinigte Landtag, den er in der Adresse nicht erwähnt wissen wollte, habe diesen Boden geschaffen. Was er ferner gegen den Entwurf einzuwenden habe, sei, daß derselbe zu viele mehrdeutige Behauptungen politischen Charakters enthalte, ferner politische Deduktionen, die er nur unter gewissen Reservationen anerkennen möchte. Ein anderer Vorwurf, der zu seiner Freude von Hrn. v. Kleist anerkannt worden sei, beziehe sich darauf, daß unverkennbar zwischen den Zeilen die Räthe der Krone von der Krone getrennt gehalten würden, während es doch der nämliche König und Regent sei, welcher diese Räthe gewählt und vor ihnen die Grundsätze ausgesprochen habe, nach welchen er regirt sehen wolle. Gottlob der constitutionelle König in Preussen sei, abweichend von anderen Ländern, ein wahrer preußischer König, im Besitze des echten Königthums; — aber seine Räthe wähle er sich und sei mit ihnen verbunden, durch Grundsätze und grundsätzliches Streben. — Das Hasselbach'sche Amendement wolle die Verfassung in die Adresse einführen, da aus dem Entwurf die Neigung zur absoluten Monarchie oder zu ständischen Institutionen hervorleuchte; man preise die provinzialständischen Institutionen, aber sie seien nur äußerlich, nicht durch innere Harmonie mit der Verfassung verbunden. Er werfe ferner dem Entwurfe vor, daß er die Thronrede unbeachtet lasse, obwohl doch so manches inhaltschwere Wort derselben zu beantworten gewesen wäre. Der Vorwurf der „constitutionellen Schablone" sei abgenutzt. Es wäre besser gewesen, das was man gegen die Verwaltung vorzubringen habe, offen und ehrlich zu sagen; das sei ein Vorzug der konstitutionellen, als „Schablone" bezeichneten Methode. Der Entwurf hätte auf den Kern der Thronrede eingehen müssen; dieser Kern sei der Ausspruch, daß der König nach den Grundsätzen der Regentschaft regieren wolle, und daß diese Grundsätze in ihrem Werthe durch die Erfahrung gestiegen seien. Darauf hätte man Rücksicht nehmen müssen, wollte man ein Königswort beherzigen. Von der Bethätigung und Kräftigung dieser Grundsätze hoffe Deutschland die Lösung der nationalen Aufgaben. Hier sei eine Stelle gewesen, inhaltsreich, wahrhaft national, der Antwort werth; statt dessen ergehe man sich in Redensarten, welche gegen den kernigen Inhalt der Thronrede als schwächlich abstechen. — Herr v. Kleist habe wieder den christlich-germanischen Standpunkt betont. Auch er (Redner) sei christlich, er sei germanisch, aber er sei nicht christlich-germanisch, wie Herr v. Kleist. — Den Versuch, den Entwurf zu amendiren, habe er aufgegeben, und sich auf den Antrag der

Streichung einzelner Stellen beschränkt; einen Gegenentwurf habe er deshalb nicht eingebracht, weil derselbe durch eine einzige Abstimmung abgethan worden wäre, und die Verhandlungen sich alsdann nur auf den Entwurf der Kommission erstreckt hätten. – Wenn er zu dem Entwurf Ja sagte, werde man nun über den Sinn seines Votums nicht in Zweifel sein. Nur ungern würde er Nein sagen. Wenn er und seine Freunde dazu gezwungen würden, so werde man nicht Anstand nehmen, sie trotzdem zu den treuesten, ergebensten Unterthanen zu zählen, die mit dem Land und dem Königshaus den tiefen Schmerz über den Tod des Königs theilen, die die vorzüglichen Eigenschaften, ja die Tugenden und ewig anzuerkennenden Verdienste Friedrich Wilhelm IV. um Preußen und Deutschland so anerkennen wie jeder andere, und dem König Wilhelm eine lange und gesegnete Regierung wünschen. — Die Regierung werde gesegnet sein, vorab gesegnet, wenn die Grundsätze und der Geist solcher Vorlagen, wie sie die Thronrede verheißen, sich verwirklichen, — gesegnet durch Gott im Himmel, durch Mit- und Nachwelt! (Bravo.)

Dr. Stahl: Es ist beschlossen worden, eine Adresse, als Antwort auf die Thronrede des Königs zu erlassen, und an diese Aufgabe hat sich die Kommission streng gehalten. Es sollte in derselben der Schmerz ausgedrückt werden über den Hintritt Sr. Maj. des hochsel. Königs und die Ergebenheit und Treue zu Sr. Maj. dem jetzt regierenden Könige. Beides konnte nur von einer bestimmten Richtung aus geschehen, wenn die Kommission nicht eine bloße Beileids-Adresse vorlegen wollte, wie man sie aus jedem Briefsteller abschreiben kann. Daß die Form der Adresse nicht von Jedermann gebilligt wird, das konnte die Kommission nicht irre machen. — Was die Kaiserwahl betrifft, so lag es nicht in der Absicht der Kommission, den Stab über die damalige deutsche National-Versammlung zu brechen, aber das mußte die Kommission aussprechen, daß der hochsel. König tiefer blickend war, als andere; sie mußte es ihm danken, daß er sein legitimes preußisches Königthum nicht mit dem illegitimen deutschen Kaiserthum vertauschen wollte. Die Adresse mußte ferner aussprechen, was der König von uns zu erwarten hat. Nennt Herr Dr. Camphausen dies Partei, nun gut, wir wollen eine Partei sein, unter die sich das Volk schaaren kann gegen eindringenden Umsturz, wie wir dies in der Adresse ausgedrückt haben. (Bravo.) Wir wollen eine Partei sein, eine conservative Partei, eine Partei des historischen Rechts gegen Umsturz und Revolution. (Bravo.) Auf Einzelnheiten geht die Adresse nicht ein; wir haben sowohl weggelassen, was uns zusagt, als was uns nicht zusagt. Daß die Adresse historische Unrichtigkeiten enthält, bestreite ich; die Beweise, daß mit der Vergangenheit nicht gebrochen werden soll, sind vorhanden; die Beweise, daß auf historischen Grundlagen weiter gebaut wird, sind ebenfalls vorhanden. — Es ist ferner der Adresse der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Person des Königs von den Personen seiner Minister trenne. Was der König in der Thronrede sagt, ist uns ein königliches Wort; wir aber wollten eine Adresse bei Gelegenheit der Thronbesteigung an Se. Maj. den König richten. Die Kommission hat manches weggelassen, was ihr wünschenswerth erschien, sie hat dadurch eine Debatte vermeiden wollen; sie hat geglaubt, daß von einer Seite eine gewisse Selbstverleugnung eintreten und dem Entwurf einstimmige Annahme sichern würde. Dies ist nicht geschehen, und ich bin deshalb genöthigt, auf die gestellten Anträge näher einzugehen:

Das Hasselbachsche Amendement freut sich der Versicherung, daß Seine Majestät die Verfassung und die Gesetze des Landes schirmen und feststellen wolle auf den Grundsätzen, mit welchen Er die Regentschaft schon übernommen habe. Dies, m. H., sind zwei verschiedene Dinge. Ich bin überzeugt, daß auf beiden Seiten des Hauses die gleiche Liebe zu verfassungsmäßigen Zuständen ist. Liegt nun aber in der Freude, welche wir Sr. M. bezeugen wollen, die Besorgniß, daß an eine Aufhebung der Verfassung gedacht werden kann? Was sind das ferner für Grundsätze, auf welche Seine Maj. der König schon bei Uebernahme der Regentschaft feststehen zu wollen erklärt hat? Niemals hat ein preußischer König von der Landesvertretung verlangt, daß sie seinen Absichten, seinen Grundsätzen stets unbedingt ihre Zustimmung geben wird, und eben so wenig kann umgekehrt die Landesvertretung eine solche Forderung an ihren König stellen. Die Loyalität, welche in diesen Worten ausgedrückt wird, scheint über die Grenzen der menschlichen Zurechnung und des menschlichen Willens zu gehen.

Und nun die beantragten Streichungen! Friedrich Wilhelm IV. hat durch seine Großthaten auf dem Gebiete der Politik sich ein Denkmal der Anerkennung und Dankbarkeit in unserer Ueberzeugung erworben, und wir sind schuldig, dieser Anerkennung einen Ausdruck in der Adresse an den Nachfolger zu geben. Des Ausdruckes, daß „an einen Bruch mit der Vergangenheit nicht zu denken" sei, mußte in einer Adresse gedacht werden, die eine Huldigung zugleich für den verstorbenen und den regierenden König sein sollte; wir mußten die Zuversicht hervorheben, daß — um mit Shakespeare zu reden — in Preußen nicht Mahmud auf Mahmud folgt, nicht Amurath auf Amurath, sondern auf Friedrich folgt Wilhelm — (Zustimmung). Es mußte dies dem Entwurfe vorhergehen, daß nicht jetzt erst in Preußen eine neue Aera des Rechts hereingebrochen ist, während früher Alles Unrecht gewesen und Knechtschaft und Unterdrückung (Zustimmung); es mußte ein Ausdruck in der Adresse sein, daß Preußen an seinem Königshause eine Bürgschaft habe, die nicht berührt wird von dem Wechsel der Regierung. Darum sprechen wir die Zuversicht aus, daß des jetzt regierenden Königs Majestät als Erbe der großen Traditionen, mit dem Geiste seines Vaters des Heldenkönigs, den äußern und innern Feind siegreich niederwerfen werde; wir sprechen die Zuversicht aus, daß Se. Maj. das unversehrt ererbte Reich seinen Nachkommen unversehrt hinterlassen werde. Ich bitte Sie, den Entwurf unverändert anzunehmen. (Bravo.)

Graf Bninski: Ich nehme Act von den Anschauungen des Ministers über die völkerrechtlichen Verträge, will demselben jedoch aus Achtung vor dem hohen Hause nicht in derselben Weise erwidern, wie er gesprochen hat.

Graf Mielcinski: Da das hohe Haus den Antrag des Grafen Bninski nicht unterstützen wolle, so sehe er sich genöthigt, gegen die Adresse zu stimmen. „Bedenken Sie, daß bei der Zertheilung unsers Vaterlandes uns die nationale Autonomie als Recht gegeben wurde und daß dies Recht von Friedrich Wilhelm III. bestätigt wurde. Bedenken Sie, daß diese Zusicherungen nach und nach so entstellt worden sind, daß kaum noch der äußere Schein derselben vorhanden ist. Deshalb wollen wir einen speciellen Ausdruck unserer Wünsche in der Adresse. Genehmigen Sie dies nicht, so dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir jede Gelegenheit ergreifen, darauf zurückzukommen. Wundern Sie sich nicht, wenn wir keine Gelegenheit unterlassen, einen Protest gegen die Verletzung des Völkerrechtes einzulegen." (Murren. Widerspruch.)

Minister des Innern: Er habe keine persönlichen Vorwürfe gemacht; er habe behauptet und behaupte noch, daß die Gesetze und Verheißungen allerdings gehalten worden sind; er würde glauben, seiner Pflicht als preußischer Minister nicht zu genügen, wenn er hier die Behauptung ohne Widerspruch hingehen ließe, daß königliche Verheißungen in Preußen nicht gehalten würden; die Herren, die als polnische Deputirte im preußischen Landtage säßen, würden stets an ihm einen Gegner finden, und je öfter die Sache zur Sprache käme, desto besser; Mißbräuche der Verwaltung beklage auch er und werde für Abstellung sorgen; „aber was Sie wünschen, meine Herren, ein Staat im Staate zu sein, der nach eigenen Gesetzen regiert wird, darauf haben Sie kein Recht, das werden Sie nie erhalten." (Lebh. Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion erledigt sich durch Verzichtleistung des Herrn v. Waldow-Steinhöfel.

Graf Arnim-Boytzenburg (als Berichterstatter): Wir verkümmern Ihnen (der linken Seite) nicht die Deutung des Entwurfs, warum wollen Sie es thun? Man hat gesagt, der Entwurf reiße Aussprüche des Königs aus dem Zusammenhange; berechtigt scheint mir nur der eine von Herrn Camphausen angezogene Fall. Ich hätte nicht Anstand genommen, die bezügliche Stelle von der „bessernden Hand" aufzunehmen; aber es fragt sich, was ist „verträglich" mit den Bedürfnissen der Zeit? Hier gehen die Ansichten weit auseinander. — Eine Verfassung, wie sie Friedrich Wilhelm IV. gegeben, kann nur segensreich erwachsen auf den Grundlagen, wie sie Friedrich Wilhelm III. gelegt. — Man hat eingewendet, die Adresse nehme nicht Rücksicht auf die Thronrede und trenne die Minister von der Krone. Mag sein, aber Hr. Baumstark vergesse nicht, daß unsere Gegner nicht anstehen, von einer „Mißregierung" unter der vorigen Verwaltung zu sprechen, daß sie täglich die abgetretenen Minister schmähen. Ich bin nie gouvernemental gewesen, aber ich verlange, daß wer den Grundsatz des Hrn. Baumstark adoptirt, sich auch den früheren Ministern gegenüber so äußern sollte. — Eine systematische Opposition, wie angedeutet worden, giebt es hier nicht; die Opposition glaubt ihren Eid und ihre Pflicht treu zu erfüllen, wenn sie ehrlich, offen und legal Rath ertheilt. — Die Thronrede ist nicht geflissentlich gemieden, auch nicht übergangen, denn einzelne Stellen, namentlich betreffs der auswärtigen Politik, sind in den Entwurf aufgenommen; daß sie nicht zum wesentlichen Gegenstand der Erörterung geworden, ist richtig, aber die Gegner sollten uns das eher zum Guten anrechnen. — Der Redner geht noch auf einzelne Einwendungen der Gegner ein (bezüglich der Armee-Reform, Grundsteuer etc.) und bittet schließlich um möglichst einstimmige unveränderte Annahme der Adresse.

(Inzwischen ist es fast völlig dunkel geworden; von Beleuchtungs-Apparaten findet sich im Saale nichts. Das Bureau und die Tribüne werden mit je zwei Schiebelampen versehen; nach und nach wird der Tisch der Stenographen und der Ministertisch mit einigen Leuchtern besetzt.)

Es folgt die Abstimmung. Die vier ersten Absätze des Adreßentwurfs werden einstimmig angenommen; ebenso die Absätze 5 und 6 mit großer Majorität (dadurch ist das Amendement Baumstark auf Streichung erledigt). Die Absätze 7—10 werden einstimmig angenommen; Absatz 11, dessen Streichung ebenfalls beantragt ist, mit großer Majorität. Nach Ablehnung der beiden Hasselbach'schen Amendements werden die übrigen Absätze einstimmig angenommen. Die Adresse im Ganzen gelangt mit großer Majorität zur Annahme.

Die Mitglieder werden namentlich aufgerufen und unterschreiben die Adresse. Die Polen und die anderen Mitglieder, die bei der Abstimmung in der Minorität waren, antworten auf den Namensaufruf nicht.

Die Adresse wird durch eine Deputation der drei Präsidenten und von 9 anderen Mitgliedern überbracht werden; das Loos bestimmt folgende: Graf Hohenthal. v. Kleist-Retzow, Grimm, Graf v. Keiserlingk-Neustadt, Richtsteig, v. Gutzmerow, Graf v. Westphalen, Graf Rittberg, Graf Blücher von Wahlstatt.

Schluß der Sitzung 5 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 23. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den königl. baierischen Ministerial-Rath Professor Dr. Hermann zu München und den Geheimen Regierungs-Rath und Professor an der Universität zu Berlin, Dr. Bekker, nach stattgehabter Wahl, zu stimmfähigen Rittern, und den Geographen Edme François Jomard, Mitglied der Akademie der Inschriften zu Paris, zum auswärtigen Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu ernennen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Strafanstalts-Director, Hauptmann v. Ziegler zu Zeitz, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen fürstlich schwarzburgischen Ehrenkreuzes zweiter Klasse zu ertheilen. (St.-A.)

[Patent.] Dem Fabrikanten S. Elster zu Berlin ist unter dem 18. Januar 1861 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, in ihrer Zusammensetzung als neu und eigenthümlich erkannte Vorrichtung, um das Leuchtvermögen des Gases zu vermehren, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Italien.

Turin, 19. Jan. [General-Lieutenant Türr] ist gestern in Begleitung des Brigadiers Dezzo, der Obersten Nullo und Aipari, des Majors Cairoli und der Lieutenants Manci und Antongini aus Caprera in Genua eingetroffen und hat heute schon bei dem Grafen Cavour eine Audienz; morgen soll er beim König empfangen werden. Die Ueberreichung des Demantsternes hat den 13. Jan. auf Caprera stattgefunden. Gen. Türr hielt bei dieser Gelegenheit folgende Anrede:

General! Die Tausend, mit welchen Sie in Marsala gelandet sind, mit denen Sie bei Catalafimi gesiegt und mit deren Hilfe Sie, alle Hindernisse vor sich niederwerfend, die Fahne der Unabhängigkeit auf den Mauern von Palermo aufgepflanzt haben, bieten Ihnen heute durch unsere Hände diesen Stern, den Sie, wir hoffen es, als Andenken an die Gefahren der Vergangenheit, als Unterpfand für diejenigen, die da kommen sollen, annehmen werden. Die da noch leben von den Tausend, die Sie selber die Ueberbleibsel von zehn Schlachten genannt haben, sind bereit, auf den ersten Ruf sich um Sie zu schaaren.

Garibaldi hat mit thränenden Augen geantwortet:

Seien Sie gewiß, daß nie eine Gabe mein Herz so erfreut hat, als dieses Geschenk von meinen tapfern Waffenbrüdern. Sagen Sie ihnen, daß ich es gern annehme. Ich hoffe, meine heldenmüthigen Kameraden wieder herbeieilen zu sehen, wenn es gelten wird, zur Befreiung von Ungarn auszuziehen. Ich habe am Grabe der für Italiens Unabhängigkeit gefallenen Ungarn geschworen, daß ich diese Ehrenschuld wieder bezahlen werde, und wenn Gott will, werde ich meinen Eid in Kürze erfüllen.

General Türr hatte der Tochter Garibaldi's ein Halsband als Neujahrs-Angebinde vom Könige Victor Emanuel mitgebracht. Garibaldi ließ dem Könige für diesen Beweis seiner freundschaftlichen Gefühle danken und ihn seiner Ergebenheit versichern. In wieweit die politische Sendung Türr's geglückt ist, weiß ich nicht zu sagen. Wie man mir versichert, sucht Graf Cavour den Exdictator zu einer Reise nach England zu bewegen. Man hält es nämlich für nothwendig, sich Englands Sympathien zu versichern, damit dieses durch Frankreichs etwaige Politik im Orient nicht zu einer weniger freundlichen Haltung gegen Italien sich bestimmen lasse. Das Parlament wird am 18. Februar eröffnet, und nach dem Ueberschlage der Regierung wird diese mindestens 300 Anhänger (auf 443 Mitglieder) zählen. Wenn diese Berechnung als eine genaue sich erweisen sollte, würde Graf Cavour gleich von vornherein den Beschluß zur Abstimmung bringen, daß die italienische Nation, in allen Stücken auf die Weisheit der Regierung und auf die Logik der Ereignisse vertrauend, einen Angriff gegen Oesterreich gegenwärtig nicht wünsche. Geht dieser Beschluß durch, dann würde Garibaldi, falls er dennoch vorwärts ginge, sich außerhalb des Gesetzes stellen. Daß Garibaldi seinen Gedanken, für die Unabhängigkeit Ungarns zu kämpfen, eben so wenig aufgiebt, als jenen der Befreiung Venedigs, ist aus seiner Anrede an Türr klar; aber es fragt sich, ob er sich zu einer Vertagung seiner Absichten verstehen will, und diese Hoffnung hat die Regierung allerdings noch nicht aufgegeben. (K. Z.)

† **Breslau,** 24. Januar. Lord Loftus, der neue Gesandte Englands am preuß. Hofe, traf vergangene Nacht um 4 Uhr mittelst Extrazuges von Wien hier ein, und setzte nach einstündigem Aufenthalt auf dem Centralbahnhofe mit Separattrain der niederschl.-märkischen Eisenbahn seine Reise nach Berlin fort. Der Lord war von seiner Familie begleitet.

Breslau, 24. Januar. [Diebstähle.] Gestohlen wurde: Schmiedebrücke Nr. 48 85 Thaler, bestehend in sieben Kassenanweisungen zu 25, 10 und 5 Thlr. Ursulinergasse Nr. 18 das Spritzleder von einem Wagen. Auf hiesigem Buttermarkt einem Dienstmädchen aus der Tasche ihres Kleides ein schwarzledernes Portemonnaie mit Stahlschloß und 2 Thlr. Inhalt. Gartenstraße Nr. 14 3 Thlr. baares Geld und ein Paar neue schwarze Tuchhosen.

Verloren wurde ein großer Fee-Pelzkragen, mit grauer Seide gefuttert.

Gefunden wurde ein eisernes Gewicht (½ Ctr.). (Pol.-Bl.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. Jan., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 67, 50, stieg auf 67, 60 und schloß ziemlich fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91¼ eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 45. 4½proz. Rente 97, —. 3prz. Spanier —. 1proz. Spanier 40¾. Silber-Anleihe —. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 471. Credit-mobilier-Aktien 657. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Oesterreich. Kredit-Aktien 248.

London, 23. Jan., Nachm. 3 Uhr. Börse flau. Consols 91½. 1prz. Spanier 40. Mexikaner 21¾. Sardinier 81½. 5proz. Russen 103. 4½proz. Russen 92.

Wien, 23. Jan., Mittags 12 Uhr 30 Min. Etwas mattere Stimmung. 5proz. Met. 63, —. 4½proz. Met. 53, —. Bankaktien 725. Nordbahn 208, —. 1854er Loose 82, 50. National-Anlehen 74, 80. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 285, —. Creditaktien 157, 50. London 150, 50. Hamburg 113, 50. Paris 59, 60. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 182, —. Lomb. Eisenbahn 187, —. Neue Loose 111, —. 1860er Loose 81, 75.

Frankfurt a. M., 23. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Für österreichische Fonds und Industriepapiere etwas festere Haltung. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 125⅞. Wiener Wechsel 76⅝. Darmst. Bankaktien 165. Darmst. Zettelbank 232. 5proz. Metall. 39½. 4½proz. Metall. 34⅝. 1854er Loose 51¼. Oest. Nat.-Anleihe 47⅝. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien —. Oesterr. Bank-Antheile 555. Oest. Credit-Aktien 120. Neueste österr. Anleihe 54⅛. Oesterr. Elisabet-Bahn 117. Rhein-Nahe-Bahn 23½. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 97¼.

Hamburg, 23. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs animirt, später ruhig. Schluß-Course: National-Anleihe 48½. Oesterr. Credit-Aktien 51¾. Vereinsbank 98¾. Nordd. Bank 78¾. Diskonto —. Wien —.

Hamburg, 23. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts unverändert und ruhig. Roggen loco und ab Ostsee unverändert und geschäftslos. Oel pr. Januar 25⅝, pr. Oktober 26. Kaffee fest, aber ruhig. Zink still.

Liverpool, 23. Januar. [Baumwolle.] 12,000 Ballen zu vollen Freitags-Preisen umgesetzt.

Berliner Börse vom 23. Januar 1861.

Fonds- und Geldcourse.

		Zf.	Cours
	Freiw. Staats-Anleihe	4½	100 bz.
	Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	100 bz.
	dito 1853	4	95¼ bz.
	dito 1859	5	104½ bz.
	Staats-Schuld-Sch.	3½	85¾ bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	115½ B.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	100⅜ G.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk.	3½	89¾ bz.
Pfandbriefe	dito dito	4	99 bz.
Pfandbriefe	Pommersche	3½	87¾ bz.
Pfandbriefe	dito neue	4	95¾ G.
Pfandbriefe	Posensche	4	100½ bz.
Pfandbriefe	dito	3½	92¾ bz.
Pfandbriefe	dito neue	4	88¼ bz.
Pfandbriefe	Schlesische	3½	88 G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	95¾ bz.
Rentenbriefe	Pommersche	4	94¾ à 95 bz.
Rentenbriefe	Posensche	4	91¼ B.
Rentenbriefe	Preussische	4	93¾ G.
Rentenbriefe	Westf. u. Rhein.	4	95⅛ bz.
Rentenbriefe	Sächsische	4	95 bz.
Rentenbriefe	Schlesische	4	93¾ bz.
	Louisdor	—	109 bz.
	Goldkronen	—	9. 4 B.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall.	5	41¾ G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	53 G.
dito neue 100-fl.-L.	—	49 G.
dito Nat.-Anleihe	5	49¼ à ⅛ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	101¾ G.
dito 5. Anleihe	5	87½ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	86 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 B.
dito à 300 Fl.	5	93¼ G.
dito à 200 Fl.	—	23 G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	43¾ G.
Baden 35 Fl.	—	29¾ G.

Actien-Course.

	Div. 1859	Z.-F.	Cours
Aach.-Düsseld.	3½	3½	73½ B.
Aach.-Mastricht.	—	4	16⅝ à ½ bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	75½ G.
Berg.-Märkische	4½	4	83 etw. bz. u. G.
Berlin-Anhalter	7¾	4	108 bz.
Berlin-Hamburg.	5⅓	4	108 G.
Berl.-Potsd.-Mgd	7	4	128½ bz.
Berlin-Stettiner	5¼	4	101½ bz. (i. D.)
Breslau-Freibrg.	4	4	81 G.
Cöln-Mindener	7⅞	3½	124½ G.
Franz.St.-Eisenb.	7	5	125¾, 126½, 126 bz.
Ludw.-Bexbach.	9⅓	4	125 bz.
Magd.-Halberst.	13	4	185 bz.
Magd.-Wittenbrg.	1 1/10	4	31¾ B.
Mainz-Ludw. A.	5½	4	95à95½ bz (m C. N. 3)
Mecklenburger	1½	4	43½ à ¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	91¾ G.
Neisse-Brieger	2	4	48 B.
Niederschles.	4	4	92½ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	½	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	2	4	42½ à ¾ bz.
dito Prior.	—	4½	100⅜ G.
Oberschles. A.	6 1/12	3½	120½ à ¾ bz.
dito B.	6 1/12	3½	109 à 109¼ bz.
Oberschles. C.	6 1/12	3½	120½ à ¾ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	79½ B.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	85 G.
dito Prior E.	—	3½	73½ G.
dito Prior F.	—	4½	92¾ B.
Oppeln-Tarnow.	—	4	28 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	1½	4	49 G.
Rheinische	5	4	76½ bz.
dito (St.) Pr.	5	4	89 etw. bz.
dito Prior	—	4	— — —
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahebahn	—	4	24½ B.
Ruhrort-Crefeld.	—	3½	— — —
Starg.-Posener	3½	3½	81¼ bz.
Thüringer	5⅙	4	98 G.
Wilhelms-Bahn	—	4	33½ bz.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	70 bz.
dito dito	—	5	80¼ B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1859	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein	5 21/25	4	115½ B.
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	77¾ B.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	61½ G.
Bremer "	5	4	95¾ bz. u. B.
Coburg. Credit-A.	2	4	36½ etw. bz.
Darmst. Zettel-B.	4	4	92½ G.
Darmst. (abgest.)	4	4	67 bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	11¼ etw., ½ à ¾ bz. u. B.
Disc.-Cm.-Anthl.	4	4	77 bz.
Genf. Creditb.-A.	—	4	20 bz. u. G. (i. D.)
Geraer Bank	3½	4	67 G.
Hamb. Nrd. Bank	4⅜	4	77 G.
" Ver. "	4 1/11	4	97¾ G.
Hannov. "	5⅓	4	90 B.
Leipziger "	3	4	57⅝ G. (i. D.)
Luxembrg. "	4	4	78 G.
Magd. Priv. "	3¼	4	77¼ B.
Mein.-Creditb.-A.	4	4	62½ etw. bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	19 G.
Oester. Crdtb.-A.	6	5	52⅛ à 52 bz.
Pos. Prov.-Bank	4	4	77 B.
Preuss. B.-Anthl.	6¾	4½	126 bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	75 G.
Thüringer Bank	—	4	49 G.
Weimar. Bank	3½	4	68¾ G.

Wechsel-Course.

		Cours
Amsterdam	k. S.	141⅝ bz.
dito	2 M.	140⅞ bz.
Hamburg	k. S.	150½ B.
dito	2 M.	149¾ bz.
London	3 M.	6. 17⅞ bz.
Paris	2 M.	78⅝ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	66⅛ bz.
dito	2 M.	65½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 20 G.
Leipzig	8 T.	99⅚ bz.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg	3 W.	97¼ bz.
Warschau	8 T.	87¾ G.
Bremen	8 T.	108¾ bz.

Berlin, 23. Jan. Die Friedensaussichten gewinnen immer mehr an Bestand. In der dänischen Frage legt die Börse auf gerüchtsweise bekannt gewordene Aeußerungen des Hrn. v. Schleinitz in der Adreß-Kommission Gewicht, in der italienischen auf die heute durch den Telegraphen berichtete Annäherung Garibaldi's an die friedliche Politik Cavour's. Die Wirkung dieser der Erhaltung des Friedens eröffneten günstigen Aspecten wurde noch durch ein starkes Deckungsbedürfniß der Contremine verstärkt. Alle Effekten-Gattungen waren fest, Inhaber hielten zurück, und das um so mehr, als in der That heute die Geschäfslust auf Seiten der Käufer zum Theil dringend auftrat. Es war dies namentlich in preuß. Staatspapieren der Fall. In Eisenbahnaktien war die Kauflust gleichfalls stärker, in der That fand in einzelnen Aktien ein weit bedeutenderer Umsatz als seit langer Zeit statt, es fehlte indeß zu den Anfangs rasch in die Höhe getriebenen Coursen nicht an Abgebern. Auch die eigentlichen Spekulationspapiere, Oesterreichische Credit- und Franzosen, hauptsächlich durch hohe wiener Course von gestern Abend angeregt, und die kleinen Creditaktien, gingen in lebhaftem Verkehr und bei steigender Richtung um; doch ermatteten die österreichischen am Schlusse, da die letzten Notirungen von Wien weniger hoch kamen als frühere. Der Geldmarkt war gleichfalls nicht unbelebt, Geld mit 2¾ % reichlich vorhanden.

Ein bedeutendes Geschäft fand namentlich in Anhaltern statt, die 1¼ % höher mit 108 bezahlt wurden, dazu aber belangreicher als sonst vorhanden waren. Auch Oberschlesische wurden bis um 1¼ % besser mit 121 bezahlt, bedangen aber diesen Cours nicht leicht, während mit 120½ Abgeber vermißt wurden, Lit. B. gleichfalls 1¼ % höher (109¼). Bergisch-Märkische 1% höher (83); Freiburger ½ % höher (81), letztere dazu gesucht.

Die 5% preußische Anleihe wurde ¼ besser bezahlt (104½), Coupons von 200 und 100 Thlr. selbst ansehnlich über Cours gesucht. Die anderen Anleihen fest aber stiller; Staatsschuldscheine ½ % höher mit 85¾ zu lassen.

Die österr. Papiere blieben zu den letzten Coursen gefragt, das Geschäft machte indeß keine größere Ausdehnung. Nationalanleihe handelte man ¼ bis ⅛ % erhöht, meist war 49¼ dafür angelegt worden, per ult. März fix wurde zu 48 verschlossen; die neuesten 5 % Loose waren ¼ über gestriger Notiz im Handel, und weiter dazu zu haben.

Oesterr. Noten ließen sich ⅛ theurer placiren. Wiener Wechsel gingen zu unveränderter Notiz um, wozu sich Nachfrage erhielt; vereinzelt mag für kurz Wien auch ⅛ Thaler mehr bezahlt worden sein. Warschau erzielte ¼ mehr, 88, dazu blieb aber Material am Markte. Polnische Noten büßten ⅛ ein.

Von Louisd'ors wurde etwas auch ⅛ über Geldnotiz bezahlt. (B.- u. H.-Z.)

Berlin, 23. Jan. Weizen loco 72—83 Thlr. pr. 2100 Pfd. — Roggen loco eine Kleinigkeit 80—81pfd. 49 Thlr. pr. 2000 Pfd. bezahlt, Jan. und Jan.-Febr. 49¼—½—⅜ Thlr. bez., 49½ Thlr. Br., 49¼ Thlr. Gld., Febr.-März 49¼ Thlr. bez. und Gld., 49½ Thlr. Br., Frühjahr 48¾—⅝—¾ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 48¾—49 Thlr. bez. und Br., 48¾ Thlr. Gld., Juni-Juli 49—¼—⅛ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 42—48 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 26—29 Thl., Lieferung pr. Jan. 27 Thlr. Br., Frühjahr 27⅛—¼ Thlr. bez. und Br., Mai-Juni 27⅝—¾ Thlr. bez., Juni-Juli 28 Thlr. bez. und Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—58 Thlr. — Rüböl loco flüssiges 11⅝—7/12 Thlr. bez., Jan., Jan.-Febr. 11⅜ Thl. bez. und Gld., 11 5/12 Thlr. Br., Febr.-März 11 5/12 Thlr. Br., 11⅜ Thlr. Gld., April-Mai 11½—11/24 Thlr. bez. und Gld., 11½ Thlr. Br., Mai-Juni 11 7/12 Thlr. Br., 11½ Thlr. Gld., Sept.-Okt. 12 Thlr. Br., 11⅞ Thlr. Gld. — Leinöl loco 11 Thlr., Lieferung 10⅚ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 20⅚ Thlr. bez., Jan., Jan.-Febr. und Febr.-März 20 11/12—21 Thlr. bez. und Gld., 21 1/12 Thlr. Br., März-April 21¼ Thlr. bez., April-Mai 21 7/24—5/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 21½—⅝ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 21¾—⅚ Thlr. bez., Juli-Aug. 22⅛ Thlr. bez.

Weizen blieb bei äußerst geringem Handel auch heute stark angeboten. — Dasselbe gilt von Roggen in effektiver Waare, wofür die Preise neuerdings ermäßigt wurden, ohne jedoch Beachtung zu finden, Termine verkehrten bei leblosem Handel zu unveränderten Preisen in fester Haltung. Gekündigt 1000 Ctnr. — Rüböl still aber fest. — Spiritus fest und etwas höher bezahlt bei mäßigem Handel. Gekündigt 80,000 Quart.

≅ **Breslau,** 24. Jan. [Produktenmarkt.] Bei mäßigen Zufuhren und Offerten von Bodenlägern, geringem Begehr, flauer Stimmung, Preise sämmtlicher Getreidearten ohne Aenderung. — Oel- und Kleesaaten behauptet. — Spiritus fester, pro 100 Quart loco 20½, Jan. 20¼ B. u. G.

	Sgr.			
Weißer Weizen	80	85	90	95
Gelber Weizen	78	84	88	92
Brenner-Weizen	68	72	76	78
Roggen	58	60	63	65
Gerste	48	52	56	60
Hafer	28	30	32	34
Kocherbsen	62	66	68	70
Futtererbsen	54	56	58	60
Wicken	45	50	53	56

	Sgr.				
Winterraps	86	90	94	96	98
Winterrübsen	80	84	87	89	91
Sommerrübsen	75	80	84	86	88
Schlagleinsaat	70	75	80	85	90
	Thlr.				
Rothe Kleesaat	11½	12½	13½	14½	16½
Weiße dito	12	15	18	20	22
Thymothee	8	9	10	10½	11

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.